

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8111
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	24.01.2011

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg (SI/1380/11) am 20.01.2011

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bezirksbürgermeister Hans-Joachim Lüppken:

von der CDU-Fraktion

Herr Erhard Buntrock, Herr Burkhard Josef Buse, Herr Daniel Eichler, Frau Eva Rösener, Herr Ralf Wagener,

von der SPD-Fraktion

Herr Ulrich Ippendorf Herr Winfried Schrahe, Herr Andreas Zenz,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Cornelia Krieger, Frau Sylvia Meyer, Herr Marcel Simon,

von der FDP

Frau Charlotte Weilbrenner,

von DIE LINKE

Frau Monika Altmann,

von der WfW

Frau Kirsten Kroll

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Volker Dittgen, Herr Dr. Reimar Kroll, Frau Angela Priggert,

als Vertreterin des Oberbürgermeisters

Frau Klaudia Dmuß,

von der Polizei

Herr van Heynsbergen,

von der Verwaltung

Frau Kahrau – R Bauen und Wohnen.

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Klaus Kriesche,

von der SPD-Fraktion

Frau Gabriela Ebert.

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Öffentliche Sitzung

1

Berichte und Mitteilungen

1. Protokoll (berichtigte Fassung) über die Bürgerdiskussion Lübecker Straße
2. Verkehrslärm Nevigeser Straße
- Schreiben eines Bürgers
3. Wuppertal-Picobello 2011
- Aufruf OB

2

Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

1. **Frau Weilbrenner** spricht noch einmal das Grundstück des ehemaligen Kinderheims Am Elisabethheim an, das heute als Waldgrundstück ausgewiesen werde. Sie bittet um Mitteilung, wann dieses Grundstück umgewidmet worden sei.
2. **Herr Ippendorf** erinnert an seine Anfrage zum Radweg Nevigeser Straße.
3. **Herr Simon** weist auf die Anfrage seiner Fraktion zum Winterdienst hin.

Frau Rösener hat die Anregung an die WSW, die Schnellbuslinien bei solchen Ausnahmesituationen wie dem Wintereinbruch im Dezember an allen Haltestellen halten zu lassen. Vereinzelt sei dies auch geschehen, aber es sollte ihrer Meinung nach der Regelfall sein.

Herr Buntrock ergänzt, dass die Fahrer angewiesen werden sollten, an allen Haltestellen zu halten.

Herr Zens berichtet, dass der Bereich Eckbusch/Am Ringelbusch während vieler Tage vom öffentlichen Personennahverkehr völlig abgeschnitten gewesen sei.

Er kritisiert die schlechte Informationspolitik der WSW und möchte wissen, was Stadt und WSW aus dieser Situation gelernt hätten und welche Verbesserungen es zukünftig geben sollte. Die Versorgung und Anbindung auch einzelner, etwas abgelegener Bereiche müsse in jedem Fall sichergestellt werden.

4. **Frau Weilbrenner** regt die Einrichtung eines Bürgertelefons an, bei dem alle Straßenschäden, die nach diesem Winter aufgetreten sind, gemeldet werden könnten.
5. **Herr Simon** weist auf den Einbruch im Kinder- und Jugendzentrum Am Eckbusch im Dezember hin und bittet die Polizei um einen Sachstandsbericht.

Herr van Heynsbergen sagt dies zu.

6. **Herr Zens** bittet um einen Sachstandsbericht zum ehemaligen Schulgebäude am Katernberger Schulweg.
7. **Herr Buntrock** fragt nach dem Sachstand zur Spielfläche an der Pahlkestra-

ße.

8. Der **Bezirksbürgermeister** berichtet, dass die durch Beschluss von 2008 für die Sportfreunde Dönberg zur Verfügung gestellten Mittel zum Bau eines Rasenplatzes in 2010 nicht abgerufen werden konnten, weil der Platz erst 2012 gebaut werden soll.

Nach Vorgabe des Kämmerers könnten diese Mittel nicht nach 2011 übertragen werden und seien deshalb verfallen. Auch das für 2011 zugesagte Geld könne nicht an die Sportfreunde ausgezahlt werden und stehe daher der BV wieder zur Verfügung.

Um die Zusage einer finanziellen Unterstützung gegenüber dem Sportverein aber einzuhalten, müsse die BV im Jahre 2012 wieder Mittel bereit stellen.

**3 Bebauungsplan Nr. 1118 - Kohlstraße -
(mit Flächennutzungsplanberichtigung 43B)
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0911/10**

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** weist auf vorhandene Altlasten hin und vertritt die Auffassung, dass zukünftige Bauherren über diesen Umstand informiert werden müssen.

Die **CDU-Fraktion** stellt fest, dass auf dem sich in unmittelbarer Nähe zu der geplanten Bebauung befindlichen Sportplatz ein reges Vereinsleben stattfindet, das auch einen gewissen Lärmpegel mit sich bringe. Sie befürchtet, dass es dadurch Probleme mit den neu Hinzugezogenen geben werde und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob für den Sportplatz eine Bestandsgarantie abgegeben werden könne.

Frau Weilbrenner hat nach wie vor Zweifel, dass dieses Vorhaben finanzielle Vorteile für die Stadt bringe. Sie kündigt an, dies genauestens verfolgen zu wollen.

Die **SPD-Fraktion** unterstützt die CDU-Fraktion in ihrer Aussage bezüglich des Lärmpegels und ist auch der Meinung, dass der Bestand des Sportplatzes auf jeden Fall sichergestellt werden müsse.

Der **Bezirksbürgermeister** fragt, ob es möglich sei, die Grundstückskäufer bei Abschluss des Kaufvertrages zu verpflichten, auf spätere Klagen gegen die Nutzung des Sportplatzes zu verzichten.

Frau Kahrau erklärt hinsichtlich der Altlasten, dass darauf im Bebauungsplan, den jeder einsehen könne, ausreichend hingewiesen werde. Sie weist bezüglich einer evtl. Lärmbelastigung auf das von Fachleuten erstellte Lärmgutachten hin, auf das sie sich als Planerin verlassen müsse. Die Fragen einer Bestandsgarantie für den Sportplatz und evtl. Käuferverpflichtungen will sie prüfen lassen.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.01.2011:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Fläche, welche im Norden durch den Kreuzungsbereich der Straßen Kohlstraße und Hermann-Ehlers-Straße, im Osten durch den Fußweg, welcher das Schulgrundstück abgrenzt, im Süden durch das Sportplatzgelände und im Westen durch die östliche Grundstücksgrenze des Hauses Kohlstraße 110 sowie die süd-östlichen Grundstücksgrenzen der Häuser Kohlstraße 117 bis 135 begrenzt ist (siehe Anlage 01).

2. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange insgesamt zu dem Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung, wie diese in der Anlage 01 dargelegt sind, behandelt.

3. Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 1118 – Kohlstraße – wird gem. § 10 BauGB für den unter Punkt 1 genannten Geltungsbereich beschlossen. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

4. Der Satzungsbeschluss zur Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne Nr. 133 – Leipziger Straße – und Nr. 834 – Hans-Böckler-Straße – sowie des Durchführungsplanes Nr. 136 wird gem. § 10 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1118 – Kohlstraße – beschlossen (siehe Anlage 07).

5. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob für den Sportplatz eine Bestandsgarantie erteilt und von den Grundstückskäufern eine Verpflichtungserklärung verlangt werden kann, die besagt, dass sie mit dem Kauf des Grundstücks auf zukünftige Klagen gegen den Betrieb des Sportplatzes verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

4 Freie Mittel

Die **Fraktionen von SPD und CDU** schlagen vor, zukünftig Anträge auf Gewährung von freien Mitteln zu sammeln und einmal im Quartal darüber zu entscheiden.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** unterstützt diesen Vorschlag.

Nach kurzer Diskussion einigt sich die **BV** einstimmig darauf, Anträge quartalsmäßig zu sammeln und vor der jeweiligen Sitzung interfraktionell zu besprechen. Von den heute vorliegenden Anträgen soll zu 1. ein Beschluss gefasst werden, da die Zusage bereits im vergangenen Jahr gegeben wurde. Die beiden anderen werden auf die März-Sitzung verschoben.

4.1 Antrag Stadtteilkonferenz Katernberg

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.01.2011:

Die Bezirksvertretung bewilligt der Stadtteilkonferenz Katernberg zur Deckung der Unterfinanzierung des Stadtteilsommerfestes einen Betrag in Höhe von 300 € aus den freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

4.2 Antrag Zentrum für Kinder und Jugendliche Röttgen

Siehe TOP 4

4.3 Antrag Evang. Kirchengemeinde Dönberg

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** bezweifelt, dass aus den freien Mitteln Baumaßnahmen dieses Umfangs unterstützt werden können. Sie fragt, ob denn die Restfinanzierung gesichert sei.

Der **Bezirksbürgermeister** stellt fest, dass die BV nicht die Baumaßnahmen mitfinanzieren solle, sondern hier gehe es um eine finanzielle Unterstützung beim Kauf von Einrichtungsgegenständen. Er bittet die Kirchengemeinde aber um die Vorlage einer Kostenaufstellung bis zur März-Sitzung.

Hans-Joachim Lüppken
Bezirksbürgermeister

Erika Wawersig
Schriftführerin